

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Völsche, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Kadewald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 144

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver

Freitag, den 24. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Landmanns Sonntagsblatt“ „Herd und Scholle“
— und „Für unsere Frauen“ —

1932

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten
und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Der deutsche Flottenbesuch in Danzig erfolgte unter dem begeisterten Jubel der Danziger Bevölkerung.
- * Der Reichsernährungsminister machte vor dem Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Dresden bemerkenswerte Ausführungen über die neuen Wege der Agrarpolitik der Regierung.
- * An der mexikanischen Küste sind bei einer Springflut 50 Personen ums Leben gekommen. Etwa 500 werden noch vermisst.

Das Nebengleis.

Der Appell, den der amerikanische Präsident Hoover in Genf an alle Völker gerichtet hat, abzurufen, kommt fast genau ein Jahr nach der berühmten Erklärung des Hoover-Jahres. Bei beiden Schritten handelt es sich sicherlich um Vorgehen, die von hohem Idealismus getragen wurden, aber auch die berühmten vierzehn Punkte Wilsons zeigten bei ihrer feierlichen Verkündung diesen Idealismus. Was dann im Verlauf der praktischen Entwicklung daraus geworden ist, das spüren wir noch heute schmerzhaft am eigenen Leibe. Bei allen diesen amerikanischen Erklärungen zeigte sich und zeigt sich noch heute, daß sie erlassen wurden in Unkenntnis der verwickelten europäischen Lage, und jedesmal ließ es sich Frankreich nicht nehmen, sofort Wasser in den Wein amerikanischer Begeisterung zu gießen. Auch jetzt wieder ist es der französische Kriegsminister, der als erster den Abrüstungsvorschlag glatt ablehnt. Die französische Regierung bleibt uneingeschränkt auf ihrem bisherigen Standpunkt, daß ohne Sicherheitsgarantien eine Lösung des Abrüstungsproblems nicht denkbar ist. Zu diesen Sicherheitsgarantien gehört bekanntlich die Aufrechterhaltung der militärischen Entmannung Deutschlands, wie sie der Versailler Vertrag gebracht hat. Da Deutschlands Hauptkampf auf der Abrüstungskonferenz auf die Wiederherstellung der Gleichheit in den Rüstungen mit den anderen Ländern gerichtet ist, so ist klar, daß eine Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen auf der Linie der Hoover'schen Vorschläge die deutsche Forderung völlig unterdrückt lassen würde. Wenn auch die Völkervereinigung von der Reichsregierung begrüßt worden ist, weil sie das große Verdienst hätte, der Abrüstungskonferenz einen neuen Impuls zu geben, so wird die deutsche Delegation doch scharf darauf achten müssen, daß bei der neuen Verhandlungsbasis in Genf nicht ihre Forderung nach Gleichberechtigung in die zweite Linie gedrängt und als weniger wichtig behandelt wird. Wahrscheinlich wird es den amerikanischen Vorschlägen so ergehen, wie es bisher allen Vorschlägen von anderer Seite erging: sie werden zur Nachprüfung ihrer technischen Durchführbarkeit den Kommissionen überwiesen werden, wo dann der bekannte endlose Streit um Worte und Begriffe einsetzen wird, der jeder tatsächlichen Feststellung ängstlich aus dem Wege geht. Von der deutschen Gleichberechtigung spricht Hoover in seiner Rundgebung überhaupt nicht, ja man müßte fast annehmen, daß er den jetzigen Zustand Deutschlands als einen unabänderlich gegebenen ansieht, wenn er die Deutschland eingeräumten Streitkräfte als Maßstab für eine entsprechende Regelung in den anderen Ländern anspricht.

Auch von der Regelung der politischen Schulden ist in der amerikanischen Vorschau nicht die Rede, aber die allgemeine Meinung geht doch dahin, daß die Erfüllung der amerikanischen Abrüstungsvorschläge die Bedingung darstellt, an die Amerika ein eventuelles Nachgeben in der Schuldenfrage knüpft. Hoover will sich durch die Aufstellung dieser Bedingungen, von denen er genau weiß, daß ihre Behandlung sehr sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird, anscheinend vor einer baldigen Entscheidung in der Schuldenfrage drücken, die er jetzt vor den amerikanischen Wahlen nicht wagen darf. So lange wie die endgültige Entscheidung der Mächte über Annahme oder Ablehnung der Bedingungen dauern wird, dauert keine Präsidentenwahl. Zeit gewonnen, alles gewonnen!

So würde der Vorschlag Hoovers, aus der Perspektive Deutschlands betrachtet, mit seiner Verknüpfung von Abrüstung und Reparationen eine durch aus unerträgliche Verschleppung der deutschen Forderungen auf Reparationsfrage und Gleichberechtigung bedeuten. Eine solche Verzögerung der Klarstellung der wirtschaftlichen und politischen Stellung Deutschlands im Konzert der Völker ist aber untragbar. Schon droht zum zweiten Male von Wien aus das Krisengeschwür aufzubrechen. Nach dem Zusammenbruch der Kreditanstalt das Moratorium, das fortzuehend Böses gebären müßte. Die saisonmäßige Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes ist bereits zu Ende, ohne daß sich Erleichterungen gezeigt haben, und die Zahl der Erwerbslosen ist schon wieder im Steigen begriffen. Zeit verloren, alles verloren!

Schon in der Erklärung des weiteren Aufschubes der Reparationszahlungen während der Konferenz kann man den Versuch erblicken, Zeit zu gewinnen und die Diskussion der Reparationen auf ein Nebengleis zu schieben. Durch die Hoover-Vorschau entsteht eine, wenn auch von Amerika sicherlich nicht gewollte, neue Gefahr der Verschleppung der deutschen Forderungen. Die Verknüpfung der Abrüstungsfrage mit der Reparationsfrage

Zwischen Lausanne und Genf

Sieben Milliarden Goldmark Abschlußzahlung!

Frankreichs unmögliche Forderung an Deutschland.

Die privaten Besprechungen auf der Reparationskonferenz wurden weiter fortgesetzt, ohne daß bisher noch ein Anfang sachlich klärender Beratungen oder ein Abschluß der Konferenz zu sehen ist. Reichskanzler von Papen empfing den belgischen Außenminister Symons und den belgischen Finanzfachverständigen Franqui. Von belgischer Seite wird versucht, zwischen der deutschen und französischen Regierung unter Anmeldung von Sondebewünschen eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben. Die Überreichung der belgischen und französischen Denkschrift über die Reparationsfrage ist bisher noch immer nicht erfolgt, da bei der endgültigen Festlegung der französischen Vorschläge gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb des belgisch-französischen Lagers zutage getreten sein sollen.

Jedoch bewegen sich die französischen Vorschläge nach allen Mitteilungen jetzt in der Linie, daß der vollständige Zahlungsausschub für Deutschland drei Jahre dauern und sodann die Abschlußzahlung Deutschlands durch einen internationalen Sachverständigenausschuß festgesetzt werden soll. Von französischer Seite wird hierfür immer noch ein Betrag von sieben Milliarden Goldmark genannt.

Die englische Regierung hat ihrerseits ihren Standpunkt in einer Denkschrift festgelegt, die Herriot übergeben worden ist. In dieser Denkschrift soll die englische Regierung an der grundsätzlichen Forderung der vollständigen Reparationsleistung festhalten, jedoch erklären, daß, falls eine Einigung hierüber nicht zustande kommt, die Abschlußzahlung Deutschlands so gering gehalten sein müsse, daß hierdurch in keiner Weise eine Schädigung der deutschen Wirtschaft oder Verperrung deutscher Wiederaufbaumöglichkeiten eintrete.

Es braucht heute nicht mehr betont zu werden, daß die deutsche Regierung nach wie vor alle derartigen Kompromißvorschläge ablehnt.

Der Hoover-Vorschlag und die deutsche Gleichberechtigung.

Deutschland bleibt fest.

In maßgebenden deutschen Kreisen betont man die außerordentliche Bedeutung des neuen Abrüstungsplanes des Präsidenten Hoover, der als ein erster entscheidender Schritt aufs wärmste begrüßt wird. Man hebt besonders hervor, daß in der völlig verfahrenen und ausweglosen Lage der Abrüstungskonferenz der Vorschlag des Präsidenten Hoover eine völlig neue Lage geschaffen habe. Der amerikanische Vorschlag, der inhaltlich nach deutscher Auffassung mit der italienischen Stellungnahme übereinstimmt, würde im Falle einer tatsächlichen Durchführung bereits zu der von der deutschen Regierung seit jeher geforderten weitgehenden Verminderung der Rüstungen und damit Verminderung der völlig untragbar gewordenen finanziellen Lasten für die Rüstungsausgaben führen.

Die Initiative des Präsidenten Hoover ist daher in deutschen Regierungskreisen mit großer Sympathie aufgenommen worden, jedoch wird als ganz selbstverständlich hervorgehoben, daß hierdurch die grundsätzliche deutsche Forderung auf Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in keiner Weise berührt wird und die deutsche Re-

könnte eventuell eine Verschiebung des Schwerpunktes von Lausanne nach Genf mit sich bringen. Die Teilnehmer an der Tributkonferenz eilten zur Entgegennahme der amerikanischen Erklärung in Scharen von Lausanne nach Genf. Hoffentlich finden sie alle ebenso schnell nach Lausanne zurück, wo ihrer noch die größte und schwerste Aufgabe ungelöst harret.

Kurze politische Nachrichten.

Die Pressestelle des Stahlhelm-Bundesamts teilt mit: Am 28. Juni, dem Tage, an dem vor 13 Jahren das Diktat von Versailles unterzeichnet wurde, spricht der Gründer und 1. Bundesführer des Stahlhelms, Franz Selbte, im Rundfunk über das Wollen des Stahlhelms für Staat und Volk. Der Vortrag findet um 19 Uhr im Programm der Berliner Funkstunde statt.

In Chile ist durch ein Regierungsdekret, das den Kommunismus für gefährlich erklärt, das Standrecht verkündet worden. Alkoholausschank und das Betreten der Straße ist abends verboten, der Jahrgang 1911 zur 60tägigen Dienstleistung eingezogen, jede Äußerung gegen das heutige Regime mit schwersten Strafen bedroht.

Äußerung selbstverständlich in den weiteren Abrüstungsverhandlungen an dieser elementaren Forderung lebenswichtig. Der deutsche Interessen weiter festhält.

Der Reichskanzler bleibt in Lausanne.

Die Lage immer noch unverändert.

Herriot hatte eine mehrstündige Unterredung mit Macdonald. Es wird mitgeteilt, daß auch nach dem Ablauf dieser Unterredung sich keine Änderung der Lage weder in der Reparationsfrage, noch in der österreichischen Anleihefrage ergeben habe. Gerüchte, nach denen der Reichskanzler am Ende der Woche nach Berlin zurückkehren soll, werden von zuständiger deutscher Stelle als unzutreffend bezeichnet. Die Rückkehr des Reichskanzlers hänge von dem Verlauf der Konferenz ab.

„Deutschland will Befriedung der Welt“.

Der Kanzler vor der deutschen Kolonie in Lausanne.

Bei einem Empfang, den die deutsche Kolonie in Lausanne zu Ehren der deutschen Delegation veranstaltete, führte der Reichskanzler von Papen u. a. folgendes aus:

„Zu keiner Zeit ist das Wirken der deutschen Landsleute im Ausland so schwer und verantwortungsvoll gewesen, wie nach dem Kriege. Es galt das Zerrbild zu zerstören, das eine geschickte Propaganda von Deutschland entworfen hatte. Wo heute noch Mißtrauen gegen Deutschland besteht, kann es nur der böse Wille sein, der zerstören und die Welt nicht zum Frieden kommen lassen will. Kein Volk der ganzen Erde kann uns in der festen Willen zu friedlicher Arbeit übertreffen. Deutschland will die Befriedung der Welt und hat in den schweren Nachkriegsjahren unendlich viele Beweise seines Friedenswillens gegeben.“

Erlahmen wir nicht in dem Streben, der Welt das wahre Gesicht Deutschlands zu zeigen. In dieser Stunde grüße ich unsere österreichischen Brüder, deren Geschichte mit der unsrigen aufs engste verbunden ist, deren Not wir wie unsere eigene empfinden.

Die Staatsmänner Europas sind in Lausanne zusammengekommen, um ihre Völker von dem ungeheuren Druck zu befreien, der fast jede aufbauende Wirtschaftstätigkeit zum Erliegen gebracht hat. Diese Konferenz darf nicht mit Enttäuschungen enden, die der Welt nur den Frieden versprechen. Diese Konferenz muß der Welt endgültig den Frieden zurückgeben. Es geht in Lausanne darum, die Ursachen zu suchen, die die Weltwirtschaft in Unordnung gebracht haben. Heute gilt es, die Fehlerquellen zu beseitigen. Die Zeit der halben Maßnahmen ist vorbei. Die Völker Europas und der Welt wollen Taten sehen. Mehr noch als das materielle Gland laßt auf uns das niedergedrückte Bewußtsein, zu einer Nation minderen Rechtes degradiert zu sein. Kann man sich wundern, wenn ein Volk mit einer so stolzen Geschichte, wie das deutsche, sich mit allen Fasern seines Herzens gegen den Zustand aufbäumt, der sein seelisches Gleichgewicht in dem empfindlichsten Punkte zerstört?

Die Frage nach dem Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ist klar und einfach zu beantworten. Man muß sich entschließen, endlich einen endgültigen Strich unter die tragische Rechnung des Krieges zu machen. Das allein ist imstande, der Welt das Vertrauen wieder herzugeben, das Vertrauen, dessen sie bedarf, um das seelische und materielle Gleichgewicht wiederzufinden.

Luther in Lausanne.

Am Donnerstag abgereist.

Der Reichsbankpräsident Dr. Luther ist am Donnerstag von Berlin nach Lausanne abgereist.

Weniger Devisen für Einfuhr.

Verfälschter Devisenhöchstbetrag für Juli.

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Einfuhrhäuser für den Monat Juli 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Devisen-Genehmigung nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch nehmen dürfen. Für die diesen Betrag übersteigenden Zahlungsverbindlichkeiten werden die Firmen auf die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten und die Ausnutzung der Kreditlinien des Stillhalteabkommens verwiesen.

Die Straßenbau-Notstandsarbeiten.

Jahresarbeit für 25 000 Mann.

Die Reichsregierung bemüht sich zur Zeit, ein Bankenkonsortium unter Führung der Reichsbank-Gesellschaft und der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank A.-G. zu gewinnen, das die Finanzierung von Notstandsarbeiten für den Straßenbau durchführen soll. Seitens der Reichsregierung ist für diesen Zweck ein Betrag von 60 Millionen Mark in Aussicht genommen. Auf Grund eingehender Berechnungen würden etwa 25 000 Mann ein Jahr lang dadurch Beschäftigung finden.

Aus westdeutscher Siedlungsarbeit.

Siedlungsgruppen in Mecklenburg, Brandenburg und Schlesien.

Am vergangenen Samstag hielt der Westdeutscher Siedlerverband Münster i. Westf. unter dem Vorsitz von Herrn Landwirt Aug. Grothues-Natrup im Hansahof in Münster seine diesjährige Generalversammlung ab, die ebenso wie die beiden Versammlungen im Januar und Februar recht gut besucht war. Der Vorstand, Grothues-Natrup, Dabbert-Rinkrode, Altepping-Rheine, wurde einstimmig wiedergewählt. Aus den Ausführungen des Jahresberichts ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl auch weiter in verstärktem Maße begriffen ist und daß die neuen Mitglieder des vergangenen Jahres bis auf 3 bereits sämtlich eine Siedlung haben erwerben können, obwohl es sich in fast allen Fällen nur um Familien mit sehr knappen Mitteln handelt und um Landwirte, bei denen die Finanzierung ihrer Siedlung nicht leicht war. In manchen Fällen dauerte die Vorbereitung bis zum Erfolg sogar viele Monate. Die Gesamtzahl der durch den Verband zur Siedlung im Osten bzw. aufs Land gelangten Westdeutschen einschließlich der Familienangehörigen beziffert sich auf ungefähr 1050 Personen. Die Mehrzahl hat sich in Brandenburg, der Grenzmark, Niederschlesien und in Mecklenburg angesiedelt, während der Zug nach Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein erheblich geringer war. Zwei Landwirte gingen in das deutsche Litzkegebiet (Tschschelowafel) und zwei — leider — nach Amerika, von denen bereits einer wiedergekommen ist. Die Zahl der im Berichtsjahr von der Beratungsstelle beratenen Bewerber kommt an 2000 heran, von denen in diesem Jahre wieder eine ganze Anzahl zur Siedlung zu gelangen hofft. Es wurden insgesamt 22 Besichtigungsfahrten mit insgesamt 232 Teilnehmern zu den verschiedenen Gebieten des Ostens vorgenommen.

Der Vorsitzende führte u. a. folgendes aus: Besonders groß war unter den Neubewerbern im letzten Jahre die Zahl der Pächter, die von ihrer Pachtung fort mußten, und sich eine Eigenstelle durch die Siedlung zu beschaffen suchten, ferner die Zahl kinderreicher Kleinbauernfamilien und Heuerlingsfamilien, die ihre Kotten in Größe von 2—20 Morgen zu verkaufen wünschten, um wegen Arbeitslosigkeit der erwachsenen Kinder eine größere Stelle zu übernehmen. In diesen anspruchsvollen Familien sind durchweg gute Erbsparnisse vorhanden. Relativ gering war noch die Zahl nachgeborener Bauernhöfe und -mädchen, die sich meist trotz vorliegenden Interesses für die Siedlung nicht schnell genug entschließen können. Unter ihnen ist in der letzten Zeit die Aufklärungsarbeit des Jungmännerverbandes mit merkbaren Erfolgen wirksam geworden. Sie vermittelt den nachgeborenen Bauernhöfen die richtige Einstellung zum Siedlungsproblem. Bei der letzten Gruppe handelte es sich meist um Brautpaare, die durch die Siedlung die Möglichkeit zur Existenzgründung und zur Heirat gefunden haben.

Aus dem Bericht über die Besichtigungsfahrten ist folgendes hervorzuheben: Bei den Besichtigungsfahrten kam unter den Teilnehmern stets zum Ausdruck, daß man sich bisher den deutschen Osten weniger schön als den Westen vorgestellt habe und daß man von der Ertragsfähigkeit des Bodens und der Schönheit der östlichen Landschaft angenehm überrascht worden sei. Auch hinsichtlich der kirchlichen und der schulischen Verhältnisse fanden die Mitglieder des Verbandes, daß die gewissenhafte Führung der vor Enttäuschungen bewahrte und daß der Osten auch in kultureller Beziehung gar nicht die Abneigung verdient, die man vielfach im deutschen Westen an den Tag legt. Es erschien den Teilnehmern unverständlich, warum man im Westen so lange die Auswanderung dem deutschen Osten vorzog. Der deutsche Osten könnte noch zehntausende von westdeutschen Siedlern aufnehmen, wenn nur erst die politische Abneigung gegenüber dem Osten gefallen wäre, und wenn weiter jeder westdeutsche Siedler sich darüber klar wäre, daß in der heutigen Notzeit bei der Siedlung hinsichtlich der Lebensansprüche größte Anspruchslosigkeit die erste Voraussetzung des Erfolges ist. Natürlich hat auch der Siedler seine Sorgen. Aber wir haben niemanden gefunden, der im Ernst sein tägliches Brot in der Siedlung mit der Existenzunsicherheit und den Sorgen des Westens wieder vertauschen wollte. Nicht die Erwerbsfindung mußte im wesentlichen das Ziel sein, sondern die Brotfindung, weil mit ihr an die Stelle unproduktiver Unterstützung die Produktivität der Familie gesetzt würde. Solche Besichtigungsfahrten von westdeutschen Bauern sind als die ersten Anfänge des Sichwiederfindens zwischen West und Ost und als ein Wiedereintreten in die alten bäuerlichen Kolonisationswege der Hansezeit zu bewerten und müssen schließlich auch innerhalb der deutschen Landbevölkerung endlich wieder die dauernden Kontakte schaffen, die für einen Wiederaufstieg des nach einem volkstumsfremden System entvölkerten deutschen Ostens erste Voraussetzung sind. Die Ursachen der Landflucht im Osten müssen von Grund auf beseitigt werden. Die Abneigung vor dem Osten muß durch eigenes Schauen einer besseren Erkenntnis von der Siedlungsmöglichkeit, von der Schönheit und den landwirtschaftlichen und kolonisationsreichen Wert des Ostens Platz machen. Darum haben solche Fahrten auch dann schon Wert, wenn auch nicht alle Teilnehmer sich gleich zur Siedlung entschließen.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles, Genehmigung des Jahresabschlusses, der Jahresbilanz, Wahl von Vertrauensmännern, sowie nach einem Vortrag über die Nachteile der Auswanderung folgte eine längere Aussprache über Selbsthilfesiedlung und über demnächstige neue Besichtigungsfahrten. Herr Grothues hob hervor, daß der Westdeutscher Siedlerverband als erster sich in Westfalen unter Führung des jetzigen Reg.-Rat Dr. Niehues vom Arbeitsamt Nordhorn, allen damaligen Gegenströmungen zum Trotz schon seit 1926 für die Siedlung eingesetzt habe. Die ersten Siedler seien nach Brandenburg gegangen. Die Siedlung habe zuerst nur wenige Freunde gefunden. Das sei erfreulichweise längst anders geworden im Interesse der Vermehrung des Bauerntums im Sinne des Schorlemmer-Programms und als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Land und Stadt des Westens. Ganz besonders eifrig sei die Schorlemmer Siedlungs-idee schon seit 1927 in Westdeutschland vom Kreise Beckum aus durch Herrn Abg. Bornefeld-Ettmann positiv gefördert worden und im benachbarten Emsland durch Herrn Abg. Kuhr vom Hannoverschen Prov. Landtag. Seit 1928 hätte vor allem auch die Provinzialverwaltung durch Bereitstellung verbilligter Kreditmittel die Siedlungsbemühungen innerhalb des westdeutschen Raumes sehr tatkräftig gefördert. Die sachliche Aufklärungsarbeit — nicht zu verwechseln mit

Der Start der neuen Ernte

Neue Wege der Agrarpolitik.

Der Reichsernährungsminister an die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Auf dem Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Dresden hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, eine Rede, in der er zunächst die Bedeutung des Genossenschaftswesens unterstrich und dann u. a. ausführte:

Um einen günstigen Start des neuen Erntejahres zu ermöglichen, habe ich Maßnahmen getroffen, die die

Verwendung von ausländischem Brotgetreide auf das geringste Maß beschränken. Von einer Verlängerung der bis zum 30. Juni laufenden zollbegünstigten Weizenkontingente wird abgesehen. Auch beim Roggen ist die Versorgungslage so günstig, daß auf eine weitere Einfuhr zusätzlicher Roggenmengen verzichtet werden kann. Darüber hinaus habe ich umfassende Maßnahmen eingeleitet. Zur Entlastung der Märkte von der Warenseite her werde ich das Austauscherverfahren für Weizen und Roggen in den nächsten Tagen in Kraft setzen. Unerlässlich erscheint die Verhinderung der übermäßigen Futtermittelvermehrung. Für Getreidemengen, die eingelagert oder ausgeführt werden sollen, werden in großem Umfange Möglichkeiten der Bevorratung oder der Verleihung

geschaffen werden. Der Mindererlös im laufenden Wirtschaftsjahr in der Veredelungswirtschaft wird gegenüber dem Vorjahr auf etwa 1,5 Milliarden Reichsmark geschätzt, was darauf zurückzuführen ist, daß wir den Preiszusammenbruch am Weltmarkt zu stark ausgeprägt sind. Die Vertragszölle für Rindfleisch, die niedrigen Zölle insbesondere für Speck und

Schmalz verhindern eine für die Landwirtschaft ertragreiche Preisbildung. Es ist notwendig, möglichst bald

zu anderen Zollfällen zu kommen,

die uns auf dem Vieh- und Fleischgebiet in ausreichendem Maße vom Weltmarkt unabhängig machen. Noch unmittelbarer als beim Vieh ist der Einfluß des Weltmarktes bei der Preisgestaltung für Milch- und Wollereierzeugnisse. Trotz Neuregelung des Butterzolles sind noch immer starke Einfuhren vorhanden. Ziel muß sein, von diesen

Weltmarktsverflechtungen freizukommen

und durch Verbesserung von Erzeugung und Absatz den Beweis zu erbringen, daß wir uns auch auf diesem Gebiet in der Hauptsache selbst versorgen können. Ich sage hierfür die tatkräftige Unterstützung des Reiches zu. Die Verhältnisse in der übrigen Veredelungswirtschaft, insbesondere im Gemüse-, Obst- und Weinbau, sind ebenfalls durch ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt bedingt und geradezu niederdrückend.

Eine wirksame Hilfe kann der Veredelungswirtschaft nur dadurch werden, daß grundsätzlich andere Wege in der Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden. Die Reichsregierung weiß, daß die Befriedigung des saisonmäßigen Finanzierungsbedarfes der Rassen zur Zeit besondere Sorge macht, weil das Sinken der Preise der Landwirtschaft Teile der Aufstände zur Zeit uneinziehbar gemacht hat, von denen wiederum ein Teil auch künftig nicht wird eingezogen werden können. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, an der Gefunderhaltung und Liquidierung der Genossenschaften tatkräftig mitzuwirken.

Zum Schluß appellierte der Minister an den Geist, der allein aus dem heutigen Sumpf herausführen könne, den Geist, der die Interessen des einzelnen zurückstellt und zu Opfern für das Volk bereit ist.

Krieg im Frieden.



In Berlin kam es in den letzten Nächten verschiedentlich zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Als ein Schnellwagen der Polizei durch Moabit fuhr, um eine Ansammlung zu zerstreuen,

konnte er plötzlich nicht mehr weiter, da das Straßenpflaster aufgerissen worden war und man aus Pflastersteinen, Brettern, Kisten und anderen Gegenständen Barrikaden errichtet hatte.

Neue blutige Überfälle.

Kommunistische Barrikaden in Berlin.

Anlässlich einer Versammlung der NSDAP. in der Jahrhunderthalle in Breslau kam es bei dem Zug zum Jahrhunderttag an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der NSDAP., der KPD. und der SPD. Dabei wurden im Westen der Stadt auch mehrere Schiffe abgebrochen, durch die zwei Nationalsozialisten und ein Reichsjugendwart durch Brustschüsse schwer verletzt wurden. Außerdem wurden noch drei Personen leicht verletzt. Nach den polizeilichen Feststellungen wurden die Überfälle von Seiten der KPD. planmäßig vorbereitet. Auch im Nordosten der Stadt kam es zu schweren Zusammenstößen, wobei von Kommunisten die Straßentafeln ausgelöst wurden. Als die Polizei einschritt, wurde aus den Fenstern geschossen und die Polizei mit Blumentöpfen beworfen. Einige Personen wurden festgenommen.

Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei sind bei den politischen Zusammenstößen 15 Personen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen den Krankenhäusern zugeführt worden. Es ist aber wahrscheinlich, daß noch mehr Personen verletzt worden sind, die aber von ihren politischen Freunden aufgenommen wurden. Festgenommen wurden im ganzen 18 Personen.

Im Berliner Stadtteil Moabit versuchten Kommunisten Barrikaden zu errichten. Die Polizei ging scharf gegen die Unruhestörer vor. U. a. wurde auch ein Polizeiwasserwagen gegen die Tumultuanten eingesetzt.

Lüdenscheid. Ueberfall auf Nationalsozialisten. Etwa 40 hiesige Nationalsozialisten hatten sich Dienstagabend im Lokale von Lamster, Herringhauserhöfchen eingefunden, um dort eine kleine Feier zu begehen. Von dieser Feier hatten die Kommunisten Kenntnis ge-

nommen, und bereits gegen 8 Uhr wurden kleinere Trupps von ihnen, die aus der Gegend Werbold zur Stadt anrückten, in der Nähe von Herringhauserhöfchen bemerkt. Am Herringhauserhöfchen trafen gegen 9.30 Uhr noch weitere auswärtige Kommunisten ein, die sich mit den Lüdenscheidern sammelten und dann in Stärke von 100—120 Mann zur Herringhauserhöfchen zogen, wo sie kurz vor 10 Uhr eintrafen. Auf die Gaststätte erfolgte nun von allen Seiten durch die Kommunisten ein systematischer Angriff. Mit Steinen aller Größen wurden sämtliche Fenster eingeworfen, und man ging daran, die Haustüre aufzubrechen. Um das Eindringen in sein Haus zu verhindern, gab der Wirt eine Anzahl Schreckschüsse auf die Angreifer ab. Die telefonisch benachrichtigte Polizei des Amtes Lüdenscheid erbat sich Hilfe von der Polizei der Stadt. In drei Autos fuhren die Beamten hinaus. Durch die Scheinwerfer der anfahrenen Wagen gewarnt, ließen die Kommunisten von ihrem Sturm ab und verzogen sich in die nahen Wälder, jedoch niemand gefaßt werden konnte. Ein Nationalsozialist, der sich vor das Haus gewagt hatte, wurde niedergeschlagen; er erlitt Hieb- und Stichverletzungen an Kopf und Körper und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Dorthin brachte man auch einen Kommunisten, der eine schwere Schußverletzung an einem Oberarm erlitten hatte. Da insgesamt 40 bis 50 Schüsse meist von kommunistischer Seite abgegeben wurden, dürfte die Zahl der Verletzten noch größer sein. Die Gaststätte Herringhauserhöfchen bot heute früh ein Bild argen Zerstörung; nicht nur daß alle 50 Scheiben zertrümmert sind, auch Fensterrahmen und Türen wie Würde haben gelitten; auch im Innern der Zimmer haben die Steine manchen Schaden angerichtet. Sowohl über diesen Vandalismus wie auch über den feigen Ueberfall, der sich „würdig“ in die Reihe kommunistischer Provokationen im ganzen Reich einreicht, kann kein Wort der Beurteilung scharf genug sein.

Propaganda — sei umso notwendiger, je konservativer und beständiger der Charakter unserer westdeutschen Landbevölkerung sei und je mehr es sicher sei, daß von den 6 Millionen Arbeitslosen weit über 2 Millionen nie wieder in den alten Beruf zurückkehren können! Er hoffe, daß endlich die Zeit gekommen sei, wo alle Hemmungen und Gemeinplätze, die bisher einer großzügigen Siedlung im Wege standen, beiseite geräumt würden. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Schwalenberg-Sprafel, Herrmann-Teigle, Dirksmeier-Brochterbeck, Heibricht-Dülmen, Meier-Ebbenbüren, Weber-Vocholt, Hidding-Körel u. a. Besonders Interesse kam für die Siedlungen in Brandenburg, Schlesien und Mecklenburg zum Ausdruck. Zum Schluß gab der Vorsitzende das Programm dreier demnächst stattfindender Besichtigungsfahrten bekannt, die von der Beratungsstelle des Verbandes Münster, Regdillstraße 60,

veranstaltet werden und von dem eine nach Mecklenburg, eine nach Brandenburg und eine nach Schlesien gehen wird, ferner das Projekt einer Selbsthilfesiedlung in der Mark, an der sich auf genossenschaftlicher Grundlage ca. 40 Familien mit je 1250.— Mk. barem Kapital beteiligen sollen, die bereit sind, alle Unbequemlichkeiten eines solchen Selbsthilfsweges zum Zwecke der Verbilligung und Rentabilisierung der Arbeit auf sich zu nehmen. An dieser Siedlung können sich noch etwa 20 Familien beteiligen, jedoch sind beste landwirtschaftliche Kenntnisse Voraussetzung. Der Plan geht von dem Gedanken aus, daß es unmöglich und für die Nation untragbar ist, dauernd die öffentlichen Hand mit Krediten und Beihilfen in Anspruch zu nehmen, wenn noch der Weg der Selbsthilfe beschritten werden kann.

Dann sollte eine Flotte, maniert durch ein Minen-transportschiff, von den Flottillen durch das Minengebiet geleitet und dabei die Sperre aufgespürt und hinweggeräumt werden. Nachdem die Minensucher die Sperre gelegt hatten, brachten sie Suchgeräte aus und suchten ein Fahrwasser auf, das ausgebohrt wurde. Die Sperreboote lösten die Minensucher nach einiger Zeit ab, worauf sie die Sperre fanden. Mit ausgelegten Motorbooten, Sperrbooten und den von den Minensuchern rortentweise ausgebrachten schweren Minenräumgeräten wurde dann das Minenfeld beseitigt und ein minenfreies Fahrwasser ausgebohrt.

Luftkühübungen in Ostpreußen.

In Allenstein begann die große ostpreussische Luftkühübung, die von dem Präsidenten Baesch vom preussischen Innenministerium geleitet wird, und die sich bis zum 25. Juni hinzieht. In einem Tage der Übung wird auch Reichsinnenminister Freiherr von Caut teilnehmen. Außer diesen Herren sind aus Berlin noch zahlreiche Teilnehmer der zuständigen Ressorts, Vertreter aller Innenministerien der Länder und Vertreter der Kommunalverwaltungen, der Industrie, der Wirtschaft, der Verbände und Vereine und der Presse aus ganz Ostpreußen und dem Reich vertreten. Die Teilnehmerzahl der Gäste bezieht sich auf einige hundert. Am ersten Tage finden Besichtigungen der Warzentrafen, Flugwachen, Feuerwehren, Entlastungsstrümpfe usw. statt.

18 Millionen Franken für Gasmasken in der Schweiz.

Nach mehrtägiger Aussprache hat der Schweizerische Nationalrat mit 113 gegen 53 Stimmen entsprechend dem Antrag des Bundesrats zur Beschaffung von Gasmasken einen Kredit von insgesamt 16 bis 18 Millionen Franken bewilligt. Die Ausgabe wird auf etwa acht bis zehn Jahre verteilt. In diesem Jahre werden 1,350 Millionen für die Anschaffung und Unterbringung von Gasmasken aufgewendet.

Frankreich gegen Luftangriffe am besten geschützt.

Die französischen Luftabwehrmanöver, die seit zwei Tagen in der Gegend von Arras unter persönlicher Leitung von Marschall Pétain stattfanden, sind beendet. Marschall Pétain, der auf einem anschließenden Essen der höheren Offiziere eine kurze Kritik über die Ergebnisse dieser Manöver abgab, erklärte, daß nun Frankreich im Falle von Luftangriffen am besten geschützt sei.

Rückblick auf den Waffentag der Kavallerie.

Ein voller Erfolg im vaterländischen Sinne.

Der zweite Waffentag der Deutschen Kavallerie in Hannover ist vorüber. Mit innerer Befriedigung kann der Waffentag der Deutschen Kavallerie als Veranstaltung festgestellt, daß er ein voller Erfolg im vaterländischen Sinne war. Kein Unterschied der Parteien, kein Unterschied in Rang und Würden, alles getragen nur von der einzigen Idee des Dienstes am Vaterlande und des deutschen Lebens- und Wehrwillens! So war der Waffentag ein echtes Kind des deutschen Idealismus, geboren aus der Laskraft des Vorstehenden des Waffentages der Deutschen Kavallerie, Schöder-Bodum, und der selbstlosen Mitarbeit der Kameraden des Landesverbandes Hannover, die neben ihrer Berufsarbeit sich mit ganzer Kraft in den Dienst der guten Sache stellten. Neben Genero: Preußer und Dr. Ziegeler waren es besonders die Herren Hartmann, Herzgerodt, Hennies und Gierhahn, die für das Gelingen der Veranstaltung verantwortlich zeichneten. Neben dem Danke an die Stadtverwaltung, gebührt ein solcher vor allem der hannoverschen Bevölkerung, die in so sichtbarer Form ihr Interesse an den Veranstaltungen und damit ihre Verbundenheit mit der unvergeßlichen deutschen Kavallerie und ihren Ruhmestaten befandete.

Generalfeldmarschall v. Madenjen am Hermannsdenkmal.

Generalfeldmarschall v. Madenjen traf aus Hannover am Hermannsdenkmal ein und besichtigte zum ersten Male in seinem langen Leben das deutsche Nationaldenkmal auf der Grotenburg.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 24. Juni 1932.

Sang und Klang auf Markt und Straßen.

Der letzte Juniersonntag ist seit einigen Jahren der Tag des deutschen Liedes. Es singet und klinget die Straße heraus, wie man mit leichter Abänderung eines alten Studentenliedes sagen könnte. Auf öffentlichen Plätzen, auf Märkten und Straßen erscheinen Einzelsänger und Sängerkörperschaften und singen für jeden, der zuhören will, „singen, wie der Vogel singt“, frei und froh, um die Macht des Gesanges, des deutschen Liedes, zu erweisen. Es ist ein wunderschöner Brauch geworden, dieses öffentliche Singen, und von Jahr zu Jahr mehr hat sich die Zahl der Orte, die ihn mitmachen. Und natürlich sind diese Juniersonntagskonzerte auf der Straße unentgeltlich, denn der tiefere Sinn ist ja, allen ohne Ausnahme Freude zu bereiten und nicht bloß denen, welche sich den Genuß eines Konzertes im geschlossenen Raume für Geld leisten können. Und weiter und hauptsächlich soll gezeigt werden, was das deutsche Lied bedeutet, welchen reichen Schatz und Fort wir an ihm besitzen für das ganze Leben und in allen Freuden und Leiden des Lebens, wie es Getrenntes und Feindliches wieder verbindet und eint, und wie es hinüberleitet zu unseren deutschen Brüdern und Schwestern im Auslande, denen es mit der Erinnerung an die Heimat die Heimat selbst ersetzen muß. Wo immer Deutsche wohnen, was immer sie auch an Schwerem erlebt und wieviel sie auch vergessen haben mögen von deutschem Wesen und deutscher Art — sobald ein deutsches Lied erklingt, ein Volkslied oder ein vielgefügiges Kunstlied, sobald ihnen die Melodie eines deutschen Liedes in die Ohren dringt, sind sie wieder daheim in Deutschland, und es ist, als wenn sie nie in die ferne Fremde gezogen wären.

In jedem Lande, in welchem Deutsche leben, ist die Pflege des deutschen Liedes selbstverständlich. Überall gibt es deutsche Sängerkörperschaften, überall stehen sie auch bei den Nichtdeutschen in hohem Ansehen, überall knüpft das deutsche Lied Bande hinüber zu der alten Heimat. Wenn in wenigen Wochen in der Stadt Frankfurt a. M. die deutschen Sänger zusammenkommen werden, um ihr großes Bundesfest zu feiern, wird man sehen, wie stark das auslanddeutsche Element unter den deutschen Sängersbrüdern vertreten ist. Über Länder und Meere werden Deutsche kommen, um mitzusingen, um ihre Freunde am deutschen Liebes laut und öffentlich zu zeigen. Und dann wird auch Zeit und Gelegenheit sein, über den deutschen Sang, den deutschen Männergesang vor allem, über sein Werden und Wachsen einiges zu sagen, und wer es noch nicht wissen sollte, wird dann erkennen, welche kulturelle

Bedeutung er hat und hatte seit dem Tage, da er entstanden ist, seit dem 17. Jahrhundert, in dem wir ihm zuerst begegnen. Das deutsche Lied an sich ist allerdings noch weit älter: fangen doch schon die Minnesänger und Troubadoure des Mittelalters wieder zu einfachen Melodien.

In all dies sollte uns dieser Juniersonntag, an dem auf Plätzen und Angern das deutsche Lied ertönen wird, ein bißchen erinnern. Auf Flügeln des Gesanges wollen wir uns hinwegtragen lassen über die Nöte dieser Zeit und uns zum Bewußtsein führen, daß es bei allem Zwiespalt und aller Zwiethracht, bei allem Haß und allem Haß doch immer noch etwas gibt, was uns eines Sinnes werden läßt, und wäre es auch nur für ein paar kurze Feiertags- und Feiertage!

□ **Vorsicht bei der Annahme von Geldrollen.** Bei einem Postamt wurde eine Geldrolle angenommen, die statt 50 Einmarkstücke, die sie enthalten sollte, 50 Bierpfennigstücke enthielt. Das Gewicht einer solchen Bierpfennigstückrolle stimmt mit dem einer Einmarkstückrolle überein, und die Rollen fallen fast gleich lang aus. Es sollte daher jeder, der nicht Schaden erleiden will, Geldrollen nicht unbesehen annehmen, sondern sie öffnen und die Geldstücke nachzählen. Das gilt insbesondere für Rollen mit Einmarkstücken.

Rückzahlung von Hauszinssteuerhypotheken.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß bei Anträgen auf Rückzahlung der Hauszinssteuerhypotheken von einer Nachzahlung von Zinsen, soweit diese in der Vergangenheit nach einem geringeren Satz als 3 Prozent erhoben worden sind, abgesehen werde. Das bedeutet eine Erleichterung der Hauszinssteuerhypothekendarstellung.

—* **Keine lustigen Rundfunk-Abende mehr!** Dafür andere volkstümliche, den lustigen Abenden ähnliche Veranstaltungen. Der Westdeutsche Rundfunk muß vom 9. Juli ab seine lustigen Abende in der seit Jahren üblichen Form einstellen, da nach dem neuen Tarifvertrag, der zwischen dem Internationalen Varietee-Direktoren-Verband und der Internationalen Artisten-Liga abgeschlossen worden ist, Artisten, die im Sendebereich auftreten, nicht mehr mitwirken können. Ferner ist es dem Artisten während der Dauer des Engagements nicht gestattet, anderweitig aufzutreten, es sei denn, unter dem gleichen Dach des Unternehmens. — Unter dieses Verbot fällt auch die Mitwirkung bei Veranstaltungen des Rundfunks und das Auftreten in aus Paragraph 32 der RVO. konzessionierten Theatern. Damit tritt praktisch eine Rundfunkperre ein für sämtliche am Kabarett und Varietee verpflichteten Künstler.

—* **Verbesserungen des Fernsprechnetzes.** Wir haben schon früher Gelegenheit gehabt, in der Presse über die Auslegung eines neuen Fernkabels zwischen Leipzig und Köln zu berichten, das von Leipzig über die im Bezirk der Oberpostdirektion Dortmund gelegenen Verstärkerämter Meschede und Lüdenscheid nach Köln geführt wird. Das Kabel ist den neuesten Erfahrungen und Bedürfnissen des Fernsprechnetzes entsprechend aufgebaut und wird daher erhebliche Verbesserungen für den Sprechverkehr auf größere Entfernungen, insbesondere auch für die Sprechbeziehungen zwischen West- und Mitteldeutschland und darüber hinaus bringen. Die Auslegung dieses Kabels ist inzwischen beendet worden. Gleichzeitig sind die Arbeiten zur Einrichtung des für die verstärkte Lautübertragung in diesem Kabel notwendigen neuen Verstärkeramts in Meschede sowie zur Erweiterung des vorhandenen Verstärkeramts in Lüdenscheid zum Abschluß gebracht, so daß das neue Kabel jetzt in Betrieb genommen werden kann. Das Verstärkeramt in Meschede ist in dem neuen Postgebäude daselbst untergebracht und zunächst mit rund 100 Verstärkern ausgerüstet. — Zur Entlastung der vorhandenen Fernkabel und gleichzeitig zur Verbesserung des Fernsprechnetzes für die bisher im sogenannten Rheinlandkabel, einem älteren Fernkabeltypus geführten Sprechbeziehungen wird zur Zeit ein neues Fernkabel Dortmund-Köln ausgelegt, das von Dortmund über Witten und Schwelm nach Köln führt. Mit der Inbetriebnahme dieses Kabels ist Ende dieses Sommers zu rechnen.

—* **Sonntagsrucksackfahrten nach Dortmund.** Der Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes. Zur Teilnahme an dem vom 24. bis 30. Juni in Dortmund stattfindenden Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes, verbunden mit einer Ausstellung und Fachmesse, werden von den Fahrkartenausgaben Sonntagsrucksackfahrten nach Dortmund verkauft.

Halver

—O Postamt. Die Heeresrenten werden bereits am 28. 6. hier und bei den Postagenturen Anschlag und Schwerte gezahlt.

—: **Sonnenwendfeuer.** Die Nationalsozialistische Jugendbewegung und das Jungvolk der N. S. J. brennen Samstag, den 25. Juni auf dem Brennschlag bei Halver ein großes Sonnenwendfeuer ab. Es ist dies das erste Mal, daß die N. S. J. (die aus der Hitler-Jugend hervorgegangen ist) und das Jungvolk der N. S. J. eine solche Feier veranstalten. Das Feuer wird gegen 10 Uhr aufflammen. Es ist jedermann herzlich dazu eingeladen.

Dahlebrück

—x Zu den **Elternbeiratswahlen** an der Volksschule Dahlebrück war nur ein Wahlvorschlag eingegangen, wonach sich ein Wahlgang erübrigte und die vorgeschlagenen nachbenannten Personen als gewählt gelten: Emil vom Hofe, Frau Ww. Lützenbürger, Heinrich Kalle jr., Albert Lumberg und Karl Wader. Erbkleute sind: Helmut Mayweg, Frau Ww. Dürberg, Willi Römer, Rudolf Halverheid und Frau A. Baumhof.

Kierspe

—s **Elternbeirat.** Da zu den Wahlen für den Elternbeirat nur ein Vorschlag eingereicht worden ist, brauchte eine Wahl nicht stattzufinden. Die Liste enthält folgende Namen die demnach als gewählt gelten: Kaufmann Karl Dornseif in Kierspe, Betriebsleiter Albert Plate in Feldberg, Telegraphenbeamter Wilhelm Riggemann in Kierspe, Landwirt Wilhelm Wortmann in Elbringhausen, Chefran Albert Schmale in Kierspe.

Dhl. Bez. Köln. **Einbruchsdiebstahl.** In der vergangenen Nacht drangen Diebe durch das nach dem Garten gelegene Fenster in die Gastwirtschaft des Herrn Karl Kappes in Zbach ein und erbeuteten mehrere Kleingeldstücke. In den frühen Nachmittagsstunden des gestri-

gen Tages wurden einige Leute beobachtet, von denen man annimmt, daß sie als Täter in Frage kommen könnten. Die Polizei verfolgt bereits eine bestimmte Spur.

Paderborn. In Westerloh hütete die zehnjährige Tochter des Landwirts Engelmeyer zwei Kühe. Dabei band sie sich den Strick um die Hand. Plötzlich wurden die Kühe scheu und rasten mit dem Kinde davon. Das Kind flog dabei gegen einen Baumstumpf und wurde am Kopf heftig verletzt. In den Folgen der schweren Verletzungen ist es dann bald darauf gestorben.

Dortmund. Austritt aus der Wirtschaftspartei. In einer Generalversammlung der Ortsgruppe Dortmund der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wurde gestern Abend einstimmig die Auflösung beschlossen. Alle Anwesenden traten zur Partei der neuen Mitte über.

Essen. In der Pumpanlage des Kraftwerkes der Emischer-Genossenschaft in Gelsenkirchen-Bismarck verunglückte bei Reinigungsarbeiten in einer Transformatorzelle der 17 Jahre alte Lehrling Sender tödlich. Der aufsichtsführende Maschinenmeister hatte sich während der Arbeiten schützend vor die Stromtrömanlagen gestellt, dann aber nach Beendigung der Arbeit einen Moment nicht aufgepaßt in dem der Lehrling sich aus seiner gebückten Stellung aufgerichtet hat und — vielleicht in etwas benommenem Zustand — gegen einen Pol, der unter 5000 Volt stand, gefallen ist. Der Maschinenmeister zog den Verunglückten an den Kleidern los, doch konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen. In erster Instanz war der Maschinenmeister freigesprochen worden. Die Strafkammer kam aber zu der Auffassung, daß er, obwohl ohne jegliche Betriebsstörung der Transformator ausgeschaltet werden konnte, nicht die erforderliche erhöhte Sorgfalt in der Beaufsichtigung der Arbeiten angewandt habe und darum an Stelle einer Gefängnisstrafe von einer Woche zu 50 RM Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung verurteilt werden müsse.

Schiele. Der Trauring im Alter. Nach 24 Jahren konnte einem hiesigen Ackerpächter von seinem Nachfolger in der Pachtung ein sehr wiedergefundener Trauring, den er 1908 beim Kartoffelhadan verloren hatte, wieder zugestellt werden.

Wodenwerder. In der Weser ertrunken. Am Dienstagnachmittag erkrank in Begleitung beim Baden ein aus Hannover stammender Musikalienhändler. Er war mit seiner Frau im Auto hier durchgekommen und wollte das günstige Badewetter ausnützen. Nachdem er schon eine Weile geschwommen hatte, versank er im Wasser. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Schöningen. Hochbetrieb auf Saline Schöningen. Die hiesige staatliche Saline ist infolge der am 1. Juli in Kraft tretenden Salzsteuer sehr gut beschäftigt. 30 bis 40 Eisenbahnwagen verlassen täglich das Werk. Zur Bewältigung der zahlreichen Bestellungen war die Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitskräften notwendig.

Beine. Verbot einer Demonstration. Eine für Mittwochabend von drei Linksparteien geplante Demonstration wurde vom Regierungspräsidenten in Hildesheim verboten. Zur Unterstützung der hiesigen Polizei erschien von Hannover ein Kommando Schutzpolizei, das verschiedentlich Menschenansammlungen zerstreute. Zu größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Detmold. 17 Monate verschwunden. Wie seinerzeit berichtet, ist seit dem 26. Januar 1931 der etwa 50 Jahre alte Kaufmann Karl Junke aus Baw Meinberg nach einem häuslichen Streit spurlos verschwunden. Der Verdacht, Junke sei einem verbrecherischen Anschlag zum Opfer gefallen, will nicht verstummen. Nachdem vor etwa Jahresfrist die Nachforschungen ergebnislos geblieben waren, wurde nunmehr von der Staatsanwaltschaft erneut eine Nachforschung aufgenommen.

○ **Lebenslängliche Zuchthausstrafe für Entführungen.** Präsident Hoover hat ein Gesetz unterzeichnet, nach dem Entführungen über die Staatsgrenze als ein Bundesverbrechen angesehen und mit lebenslänglicher Zuchthaus bestraft werden.

○ **Mehrere Anden-Vulkane in Tätigkeit.** Mehrere Anden-Vulkane sind in Tätigkeit getreten. Ein großer Teil Argentiniens vom Fuße der Anden bis zur Küste wurde von starkem Aschenregen heimgesucht. Teilweise liegt die Asche mehrere Zentimeter hoch. Auch in Buenos Aires ist ein leichter Aschenregen gefallen. An vielen Orten wurde die Sonne verdunkelt, so daß am hellen Tage die Lichter angezündet werden mußten.

○ **Die Suche nach der Bertram-Expedition erfolglos.** Die Suche nach dem an der Nordwestküste Australiens verschollenen deutschen Flieger Bertram und seinem Begleiter ist erfolglos verlaufen. Die Suchexpedition ist wieder nach Wyndham zurückgekehrt. Nach dem aufgefundenen Logbuch ist Bertram am 15. Mai um 1/8 Uhr zum letzten Male gelandet. Die beiden deutschen Flieger haben sich dann noch neun Tage bei ihrem Flugzeug aufgehalten.

Gemeindevertretung Lüdenscheid-Land.

Lüdenscheid, 23. Juni.

Der der Gemeindevertretung zur Festsetzung vorgelegte Haushaltsplan für 1932 schloß in Einnahme mit 736 000 Mark und in Ausgabe mit 922 500 Mark ab, so daß ein Fehlbetrag von 186 500 Mark vorhanden war, außerdem war noch ein Betrag von 166 600 Mark ungedeckt, der von Reich, Staat und anderen Stellen als Ausgleich erwartet wurde. Nach der Lesung des Haushaltsplanes erklärten die Linksfractionen, daß sie der Feststellung des Planes nicht zustimmen könnten, da in der Einnahme bereits die Realsteuereinzugspläne, Bürgersteuer usw. eingesetzt seien, mit deren Höhe sie nicht einverstanden wären. Man nahm daher zunächst die Deckungsfrage vor, und dabei lehnte die Versammlung die Bürgersteuer, die Grundsteuer, die Berufsschulbeiträge ganz ab; bei den Realsteuern wollte man nur die vorjährigen, niedrigen Sätze genehmigen. Durch diese Ablehnungen, die praktisch keinen Wert haben, da die Aufsichtsbehörde die Sätze bereits für das vergangene Jahr angeordnet hat, erhöhte der Gesamtfahrbetrag eine Erhöhung um 130 834,56 Mark, der Gesamtfahrbetrag unter Einrechnung der vom Reich usw. zu erwartenden 166 600 Mark, die als zweifelhafte Einnahme angesehen werden müssen, 48 293,4, 56 Mark. An den einzelnen Positionen wurde nichts wesentliches geändert, nur glaubte man, für die Beschaffung von Vermitteln für Winderbmittelten statt 2000.— Mark nun 3000 Mark einsetzen zu müssen. Man beschloß ferner, zur Aufbringung der der Gemeinde entstehenden Kosten für die Straßenbeleuchtungsanlagen von den anliegenden Grundbesitzern 10% zur staatlichen Steuer vom Grundbesitzern mögen zu erheben; sodann werden von den Grundbesitzern

